



Liberales Westerwelle, Schulze (vergangenen Freitag in Berlin): „Persönlich schwierige Erfahrungen“

MARC DARCHINGER

Projekt Größenwahn

Guido Westerwelle ist ein Parteichef auf Abruf: Den mit antisemitischen Ressentiments geführten Müllemann-Wahlkampf hat er lange unterstützt, seine Beteuerung, über den Flyer nichts gewusst zu haben, wirkt unglaublich: Enge Mitarbeiter der FDP-Spitze waren präzise informiert. Nach dem Höhenrausch der vergangenen Monate versinkt die Partei in Depression.

In seinen besseren Zeiten genoss er das Gedränge der Fotografen wie ein belebendes Schaumbad. Das grelle Licht der Kameras brachte seine stets übermüdeten Augen zum Glühen, die frechen Fragen regten ihn an, weil sie sich frech beantworten ließen. Und originelle Ideen hatte er auch – Anfang 2000, auf dem Höhepunkt der CDU-Spendenaffäre um Altkanzler Helmut Kohl, forderte er mit maximalem Pathos („Ich bin erschüttert“) eine „parteiübergreifende Ethikkommission“.

So viel pralles Selbstbewusstsein – es kommt wohl nie wieder. Der Mann, der am Freitagmittag vor die Kameras trat, war nur noch ein Schatten jenes Dr. Guido

Westerwelle, der sich vor sechs Wochen noch als Kanzlerkandidat bezeichnen ließ.

Schmal die Lippen, hohl die Wangen, die Augen wie erloschen: So stand der FDP-Chef da und fremdelte erkennbar mit sich selbst. In seiner Erklärung nach Abschluss der Klausur von Fraktion und Präsidium tauchten Worte auf, aus denen höchste Not sprach: Westerwelle druckste etwas von „Vorkommnissen und Problemen“ und von „persönlich schwierigen Erfahrungen“. Artig dankte er für „Rückendeckung unisono“ und versuchte verzweifelt, den alten Guido zu markieren: „Die FDP wird gestärkt aus dieser Klausur hervorgehen.“

Da dürfte er irren, wie so oft. Auch die Parteifreunde wissen ja, dass es sich ausge-

spielt hat und dass dieser Mann sie nicht glaubwürdig in einen weiteren wichtigen Wahlkampf führen kann. Denn selten sind die Ideale des politischen Liberalismus, der für die Freiheit des Einzelnen gegenüber der Staatsmacht eintritt, in so kleiner Münze gehandelt worden wie in der Zeit des Vorsitzenden Westerwelle. Allen öffentlichen Treueschwüren zum Trotz: Viele Liberale sehen in dem 41-jährigen Rechtsanwalt nur noch einen Parteichef auf Abruf, der als Motivator für künftige Erfolge kaum mehr taugt.

War es erst, schlimm genug, bloß die Entzauberung des politischen Wunderkindes durch das schwache Wahlergebnis von 7,4 Prozent am 22. September, so drückt den FDP-Vorsitzenden nun eine Bürde, un-

ter der schon standfestere Figuren einknicken mussten. Offenbar gab es schwarze Kassen in seinem Landesverband Nordrhein-Westfalen – wer in das System eingeweiht war, muss nun aufgeklärt werden, innerparteilich, öffentlich und vielleicht auch durch den Staatsanwalt (siehe Seite 28). Dazu kommen die drängenden Fragen, wer wann was über ein Flugblatt mit antisemitischen Untertönen wusste, das NRW-Parteichef Jürgen Möllemann im Wahlkampf verteilen ließ.

Aufstieg und Niedergang des Guido Westerwelle ähneln frappierend jenen Firmengeschichten am Neuen Markt, die im Traumland anfangen und im Nebel des Dubiosen zu Ende gingen. Im Zeitalter von Internet und Multimedia, in dem Geschwindigkeit mehr zählte als alles andere, schien der verkäuferisch begabte Parteimanager der richtige Mann zur richtigen Zeit.

Das Projekt 18 wurde zur Chiffre für den Größenwahn einer Ära, in der das Denkbare als das Mögliche ausgegeben wurde, in der die alten Regeln auch im politischen Geschäft scheinbar nicht mehr galten. Seriosität wurde mit „Langeweile“ übersetzt, das Marketing rückte an die Stelle der politischen Debatte.

Die Spekulationsblase ist mittlerweile geplatzt – erst am Neuen Markt und nun auch im politischen Geschäft. Das Projekt 18 gilt heute als Peinlichkeit, an die kein führender FDP-Politiker mehr erinnert werden möchte. Die Spaßpartei FDP – berdigt. Das Guidomobil – ausrangiert. Der Vorsitzende, der sich seine Partei „groß und famos“ wünscht, ist zur tragikomischen Figur geworden, der selbst zum Rücktritt noch die nötige Kraft fehlt.

Bis auf weiteres darf er im Amt bleiben, doch ein schlechtes Ergebnis in drei Monaten bei den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen kann ihn, der unter Freunden nur noch als Leichtgewicht taxiert wird, aus dem Sessel wehen. Viele Funktionäre sehnen sich nach dem ehemaligen Parteichef Wolfgang Gerhardt zurück, der stärker denn je an der Spitze der Bundestagsfraktion steht.

In verschiedenen Gesprächen wurde er zum Neustart aufgefordert, was Gerhardt fürs Erste ausschloss. Er hat, obwohl von Westerwelle gestürzt, dem Parteichef die enge Kooperation angeboten – womöglich enger, als dem recht ist. „Gemeinsam mit Guido Westerwelle“, so Gerhardt nach seiner Wiederwahl zum Fraktionsvorsitzenden, „werde ich die Partei führen.“

Dass der sechs Jahre währende Auftritt Gerhardts als Nummer eins der FDP besonders glanzvoll gewesen sei, behaupten allerdings nicht einmal die Anhänger des Hessen. Unter seiner Ägide kamen die Liberalen bei Landtagswahlen aus dem Zittern nicht heraus, ob es denn reiche für den



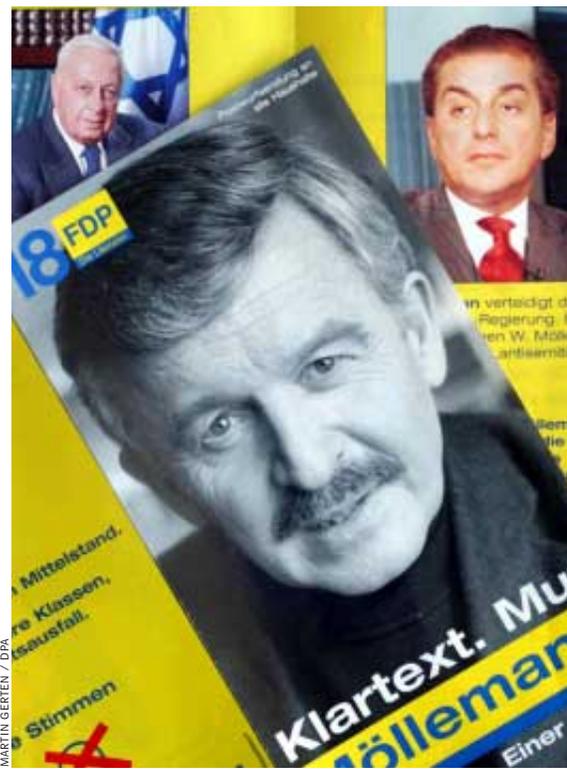
Gran-Canaria-Urlauber Möllemann: Die Partei in Richtung Abgrund gezogen

BILD AM SONNTAG

Sprung über die Fünfprozenthürde – oder eben, wie so häufig, nicht. In Gerhardts Stammland verbuchte die FDP 1999 gerade mal 5,1 Prozent, und bei der Bundestagswahl ein Jahr zuvor musste sich die Partei mit 6,2 Prozent begnügen, einem der schwächsten Ergebnisse ihrer Geschichte.

Doch damit, dass immer wieder mal das Sterbeglöckchen für die FDP geläutet wird, sind die meisten Mitglieder groß geworden. Sie halten dagegen nach der Devise, dass sie so schnell nichts umhaut. Mit einem brutalen Absturz, der auf den Höhenrausch folgt, können sie weit weniger gelassen umgehen.

Die Zeit arbeitet gegen den Amtsinhaber. Was als Möllemann-Skandal begann, hat sich längst zur Westerwelle-Affäre ausgeweitet. Unstrittig ist, dass der FDP-Vorsitzende den antisemitischen Kurs seines damaligen Vize aktiv unterstützte – und zwar monatelang. Selbst seine jüngste Behauptung, er habe nichts gewusst von Möllemanns Flugblatt, das kurz vor der Bundestagswahl in einer Auflage von 8,4 Millionen Exemplaren verteilt wurde, ist nicht lebensnah. Viele Indizien sprechen dafür, dass die Spitze des Thomas-Dehler-Hauses – der Parteichef, die Generalsekretärin und deren Büroleiter – sehr wohl wussten: Möllemann



Möllemann-Flugblatt
Kick im Wahlkampf

MARTIN GERTEN / DPA



Möllemann-Heimkehr*: Düstere Prophezeiungen

WESTFÄLISCHE NACHRICHTEN / JURGEN PEPER-HOYE

* Vergangenen Mittwoch auf dem Flughafen Münster-Osnabrück.

hatte noch was vor. Sie ließen ihn gewähren, wohl in der Hoffnung, ein Wahlsieg würde lästige Fragen übertönen – und Westerwelle ins Bundeskabinett katapultieren.

Es ging dem ungleichen Duo darum, die FDP „neu zu navigieren“, wie es der Parteienforscher Franz Walter nennt: Dynamisch und skrupellos wollten die zwei aus Nordrhein-Westfalen eine „Kampftruppe der Staatsverdrossenen, der Steuerverweigerer, der Verächter der politischen Korrektheit, der mittel- und unterschichtigen Empörtheiten“ zusammenschließen.

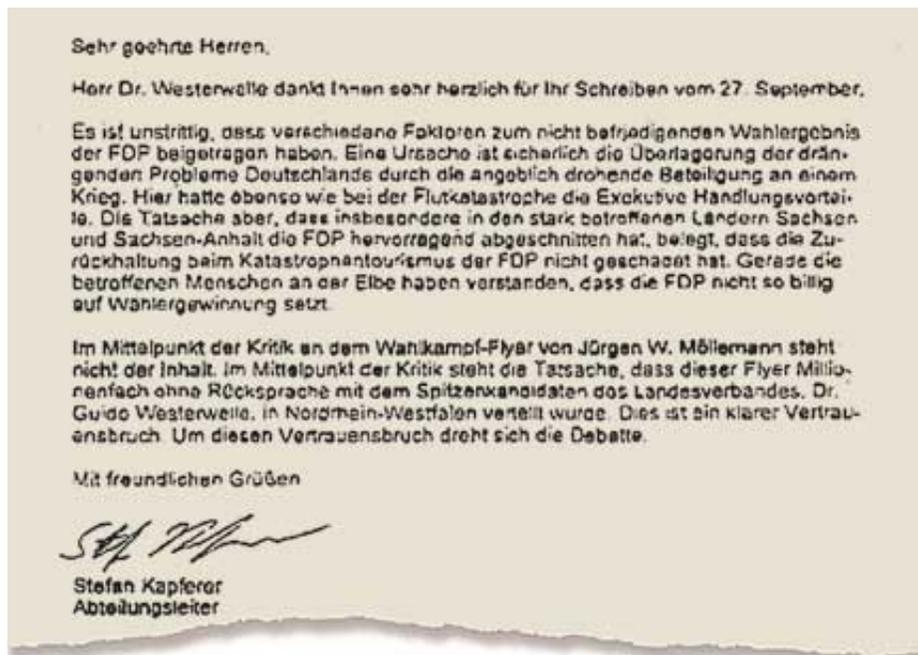
Beide träumten nämlich, bei aller persönlichen Rivalität, den gemeinsamen Traum vom Durchbruch zur „Partei für das ganze Volk“ (Westerwelle). Dem „Projekt 18“ wurde in den entscheidenden Wahlkampfmonaten alles untergeordnet – die politische Moral und auch die Eifersüchteleien des Spitzenduos.

Wie siamesische Zwillinge, die in Hassliebe verbunden sind und erst im Tod voneinander loskommen, haben sie ihren schmutzigen Wahlkampf geführt. Der eine gab den Scharfmacher, der andere gewährte den Flankenschutz. Der Vize rüpelte offen gegen Juden und den Staat Israel, der Vorsitzende ließ ihn gewähren, so lange wie möglich.



FRANK OSSENBRINK

Westerwelle-Vertrauter Kapferer, Kapferer-Brief: Doppelmoral des Vorsitzenden



Doch stoppen wollte er Möllemann offenbar zu keinem Zeitpunkt – auch nicht in der Endphase des Wahlkampfes, als der NRW-Chef seinen heute umstrittenen Flyer in Auftrag gab. Westerwelle behauptet, er habe erst am Montag, dem 16. September, am „Rande einer Wahlkampfveranstaltung“ davon erfahren. Im Ruhrgebiet hatten Postboten bereits einige Faltblätter zugestellt. Zu spät also, um die Aktion noch verhindern zu können.

Der Großteil der 8,4 Millionen Wurfendungen lag bei der Post; am nächsten Tag, dem Dienstag vor der Bundestagswahl, wurden sie an sämtliche Haushalte in Nordrhein-Westfalen verteilt.

Am vergangenen Mittwoch musste Westerwelle auf einer eilig angesetzten Pressekonferenz zugeben, dass zumindest sein Büro schon sehr viel früher mit der Angelegenheit befasst war. Am 7. September ist dort der Brief eines nordrhein-westfäli-

Chronik eines Machtkampfs

2000

MAI

Jürgen W. Möllemann fordert FDP-Chef Wolfgang Gerhardt auf, den Parteivorsitz zu Gunsten von Guido Westerwelle aufzugeben. Westerwelle betont, er werde nicht gegen Gerhardt antreten.

JUNI

Auf dem FDP-Bundespartei-

tag in Nürnberg wirbt Möllemann für seine 18-Prozent-Strategie.

AUGUST

Möllemann erklärt, er wolle selbst Parteivorsitzender werden, wenn die FDP-Spitze beim Projekt 18 nicht mitziehe.

OKTOBER

Möllemann wiederholt seine Angriffe gegen Gerhardt und fordert Westerwelle auf, den Parteivorsitz zu übernehmen.

DEZEMBER

Westerwelle erklärt in einer Vorstandssitzung in Dortmund, auf dem Bundesparteitag im Mai nun doch gegen Gerhardt antreten zu wollen.

2001

JANUAR

Bei einem Vier-Augen-Gespräch im Hamburger Hotel Atlantic gibt Gerhardt auf. Westerwelle soll im Mai neuer FDP-Chef werden. Gerhardts Bedingung: kein Spitzenkandidat Möllemann im Bundestagswahlkampf. Möllemanns Pressestelle verbreitet eine Karikatur, die Möllemann als Raubfisch zeigt, der gegen den Strom kleiner Fische schwimmt. Titel: „Einer muss es ja tun“

MÄRZ

Auf einem Landesparteitag in Bochum verhindert Westerwelle, dass sich die nordrhein-westfälischen Liberalen auf die von Möllemann



OLIVER STRATMANN / DPA

Moderator Friedman

2002

4. APRIL

Möllemann sagt in einem Interview, wenn er Palästiner wäre, würde er sich „auch wehren, und zwar mit Gewalt“. Viele sehen darin eine Rechtfertigung für Selbstmordattentate.

23. APRIL

Der Deutsch-Syrer Jamal Karsli tritt von den Grünen zur FDP-Fraktion im Düsseldorf Landtag über. Die Aufnahme stößt auf heftige

betriebene Nominierung eines FDP-Kanzlerkandidaten festlegen. Sein Argument: Das sei eine „Umdrehung der Schraube zu viel“.

MAI

Westerwelle wird neuer FDP-Bundesvorsitzender, Möllemann einer seiner Stellvertreter. Westerwelle dankt Möllemann, dass er das Projekt 18 entwickelt habe, lehnt aber dessen Forderung nach einem FDP-Kanzlerkandidaten erneut ab.

YAVUZ ARSLAN / DAS FOTODACHIV



Möllemann-Freund Karsli

Dienstliche Erklärung

Hiermit versichere ich, dass das am Samstag, dem 07. September 2002, eingegangene Fax von Herrn [REDACTED] durch mich am 09. September direkt, ohne dass es dem Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle zur Kenntnis gebracht worden war, in den Geschäftsgang der Bundesgeschäftsstelle der Freien Demokratischen Partei gegeben wurde. Ich habe Herrn Westerwelle bis zum 30. Oktober 2002 weder mündlich noch in anderer Weise über dieses Schriftstück informiert.

Westerwelle-Büroleiterin Tampe, Erklärung: „Alles, was dazu gehört“

Dienstliche Erklärung

Hiermit versichere ich, dass das mir am Montag, dem 09. September 2002 von [REDACTED] zugeleitete Fax von Herrn [REDACTED] durch mich am 10. September direkt, ohne dass es dem Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle zur Kenntnis gebracht worden war, mit der Bitte um Bearbeitung an den Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen gegeben wurde. Ich habe Herrn Westerwelle bis zum 30. Oktober 2002 weder mündlich noch in anderer Weise über dieses Schriftstück informiert.

Pieper-Büroleiterin Renatus, Erklärung: „Jeder Tag wird zum Erlebnis“

schen Kommunalpolitikers eingegangen, der auf Möllemanns Pläne hinwies. „Der Brief ist mir selbst nicht vorgelegt worden. Die Abzeichnungen der Mitarbeiter auf dem Schreiben dokumentieren dies“, behauptet Westerwelle.

Vorsorglich streute er sich Asche aufs Haupt: „Die Tatsache, dass mir der Brief nicht vorgelegt wurde, ist jedoch auch unter Berücksichtigung der Vielzahl der Posteingänge eindeutig ein Fehler.“ Und so habe er

die beiden verantwortlichen Mitarbeiter umgehend von ihrer Funktion entbunden.

Das klang so und sollte auch so klingen, als hätten zwei untergeordnete Angestellte im Thomas-Dehler-Haus die Sache versiebt. Eine Büropanne eben, wie sie Tag für Tag in jeder großen Organisation passieren kann.

Westerwelle weiß es besser.

Am Samstag, dem 7. September, sprang in seinem Büro um 9.15 Uhr das Faxgerät an. In einem halbseitigen Schreiben mit



FRANK OSSENBRINK

der Fax-Kennung der Neusser FDP berichtet der liberale Stadtrat Michael Riedl seinem Parteivorsitzenden von einem Möllemann-Auftritt am Abend zuvor: „Mit Entsetzen habe ich gestern auf einer Veranstaltung deutsch-arabischer Vereine die Ankündigung von Jürgen Möllemann gehört, jetzt kurz vor der entscheidenden Wahl am 22. September einen Flyer/Folder an alle Haushalte in NRW (8,4 Mio. Ex.) herauszubringen, wo drei Fotos (Möllemann, Scharon, Friedman) auf einer

Seite erscheinen sollen mit der Unterschrift: Sie haben die Wahl. Ich bitte Sie inständig, versuchen Sie alles, diesen Sonderwahlkampf in NRW zu verhindern.“

Vor überwiegend arabisch geprägtem Publikum berichtete Möllemann am Abend des 6. September von der Sonderaktion, die er für die letzte Woche vor der Bundestagswahl plante. Wieder kritisierte er Israel und verband dies mit der Aufforderung, FDP zu wählen. Riedl ver-

öffentliche Kritik. Karlsi hatte Israel „Nazi-Methoden“ vorgeworfen, in einem Interview für die Rechtspostille „Junge Freiheit“ tönt er später, eine „zionistische Lobby“ habe „den größten Teil der Medienmacht in der Welt inne“.

12. MAI

Auf dem Bundesparteitag in Mannheim wird Westerwelle zum FDP-Kanzlerkandidaten gewählt. Zu seinem Meinungswandel sagt er: „Was vor einem Jahr falsch war, kann in diesem Jahr richtig sein.“

15. MAI

Karsli wird im Kreisverband Recklinghausen als FDP-Mitglied aufgenommen.

16. MAI

Möllemann verteidigt Karlsi und greift den Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedman, an.

Der befördere mit seiner „intoleranten, gehässigen Art“ den Antisemitismus.

18. MAI

Nach den Ehrenvorsitzenden Otto Graf Lambsdorff und Hans-Dietrich Genscher fordert schließlich auch Parteichef Westerwelle, die Aufnahme Karls in die FDP rückgängig zu machen.

22. MAI

Karsli zieht seinen Antrag zur Aufnahme in die FDP wieder zurück. In der FDP-Landtagsfraktion will er als Parteilosler mitarbeiten. Möllemann spricht von „öffentlicher Hetzjagd“ und wiederholt seine Angriffe gegen Friedman.

31. MAI

Auf einer Krisensitzung des FDP-Bundesvorstands gelingt es Westerwelle nicht, Möllemann zu einer Entschuldigung bei Friedman zu bewegen.

6. JUNI

Nach einem Ultimatum Westerwelles entschuldigt sich Möllemann bei „jüdischen Menschen“. Gleichzeitig wiederholt er seine Angriffe gegen Friedman.



FABRIZIO BENSCH / REUTERS

Vorsitzender Westerwelle, Vize Möllemann

Karsli verlässt die FDP-Landtagsfraktion.

17. SEPTEMBER

Möllemann lässt in NRW per Postwurfsendung einen Flyer verteilen, in dem er seine Kritik an Israels Premier Ariel Scharon und an Michel Friedman wieder-

holt. Westerwelle findet das „nicht sehr vernünftig“.

22. SEPTEMBER

Bei der Bundestagswahl erreicht die FDP nur 7,4 Prozent. Westerwelle sieht

in Möllemann die „Hauptursache“ für das Wahldebakel.

23. SEPTEMBER

Möllemann tritt von seinem Amt als stellvertretender FDP-Bundesvorsitzender zurück.

4. OKTOBER

FDP-Schatzmeister Günter Rexrodt fordert Möllemann auf, die Spender für seinen Flyer zu nennen.

7. OKTOBER

Möllemann liegt mit Herzrhythmusstörungen in einer Klinik. Der NRW-Sonderparteitag, der über sein weiteres politisches Schicksal entscheiden soll, wird verschoben.

20. OKTOBER

Möllemann, der sich auf Gran Canaria aufhält, erklärt seinen Rücktritt als NRW-Landes- und Fraktionschef.

30. OKTOBER

Westerwelle räumt ein, dass sein Büro bereits Anfang September schriftlich vor dem anti-israelischen Flyer Möllemanns gewarnt worden sei. Er selbst sei jedoch nicht informiert worden.

DER SPIEGEL



Parteifreunde Westerwelle, Möllemann*: Kampftruppe der Staatsverdrossenheit

ließ die Versammlung mit einer „gehörigen Wut im Bauch“, wie er später berichtete.

Westerwelle, so hoffte er, werde Möllemann noch rechtzeitig stoppen können: „Ich danke Ihnen, dass Sie dieses Thema ernst nehmen, und hoffe, dass diese Aktion nicht Realität werden wird.“

Riedl hoffte vergebens. Er hat bis heute keine Antwort auf seinen Brief erhalten.

Doch das Schreiben ist der Parteizentrale keineswegs entgangen. Am Montag, dem 9. September, fand Heidrun Tampe, Westerwelles Büroleiterin, das Fax auf ihrem Schreibtisch.

Auf der Homepage der FDP beschreibt sie ihre Aufgaben so: „Komplettmanagement des Bundesvorsitzenden-Büros mit allem, was dazu gehört (Rede- und Textbausteine, Korrespondenz, Kontakte, Termine, Termine, Termine etc. pp.).“

In einer „Dienstlichen Erklärung“ vom vergangenen Mittwoch versichert Tampe, sie habe das Riedl-Fax am 9. September „direkt, ohne dass es dem Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle zur Kenntnis gebracht worden war, in den Geschäftsgang der Bundesgeschäftsstelle“ der FDP gegeben: „Ich habe Herrn Westerwelle bis zum 30. Oktober 2002 weder mündlich noch in anderer Weise über dieses Schriftstück informiert.“

Ausgerechnet Westerwelles engste Mitarbeiterin also soll die Brisanz des Briefs nicht erkannt haben? Dabei hatte Möllemanns Spiel mit antisemitischen Klischees doch wochenlang die politische Debatte der Republik beherrscht.

Die Büroleiterin („Meine persönlichen Favoriten: Wolken gucken, die Seele baumeln und die Phantasie laufen lassen“) zeichnete das Fax in hellblauer Tinte mit ihrer Paraphe ab und bat dann die Abteilung „Strategie und Kampagnen“ im Dehler-Haus, den Vorgang zu übernehmen („suk bitte ü“). Dort erhält Gabriele Renatus den Brief des Neusser Kommunalpolitikers. Sie ist die stellvertretende Leiterin der Abteilung und gleichzeitig Büro-

leiterin von FDP-Generalsekretärin Cornelia Pieper.

Auch Renatus („Lebensmotto: Öffnet man die Augen, wird jeder Tag zum Erlebnis“) soll die Brisanz des Schreibens nicht erkannt haben. Auch sie versichert in einer „Dienstlichen Erklärung“, sie habe Westerwelle „weder mündlich noch in anderer Weise“ über den Brief informiert und ihn stattdessen am 10. September „mit der Bitte um Bearbeitung an den Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen“, den Möllemann-Vertrauten Hans-Joachim Kuhl, weitergelei-

Auf einem Krisentreffen fragt Westerwelle, ob er Konsequenzen ziehen müsse.

tet. Angeblich erfährt auch die Generalsekretärin nichts von der Möllemann-Aktion. Ihr Büro habe den Brief nicht erhalten, ließ Pieper am Freitag ausrichten. Sie habe ihn bis zum 30. Oktober nicht gekannt.

Stattdessen also landete der Warnhinweis auf der Täterseite. Kuhl, einer der engsten Möllemann-Spezis, ist inzwischen beurlaubt und hat sich in sein Ferienhaus im südspanischen Alicante zurückgezogen. Mit der Außenwelt kommuniziert er per Anwalt.

Fassungslos musste Briefschreiber Riedl mit ansehen, wie Westerwelle später immer wieder behauptete, er habe von dem Flugblatt erst am 16. September erfahren. Es sei „ein Schock“ gewesen, dass Möllemann diese „alte und unappetitliche Debatte“ wieder aufgewärmt habe, sagte der Parteichef dann im Fernsehen.

Am 26. Oktober schrieb Riedl einen zweiten Brief, dieses Mal an Schatzmeister Günter Rexrodt („persönlich“). Noch einmal schildert er den Abend in Neuss und bittet nun Rexrodt einzuschreiten: „Vielleicht kann dies ein kleiner Baustein sein, die Affäre zu lösen.“

Ungeöffnet landete das Schreiben am Dienstag vergangener Woche auf Rexrodts Abgeordnetenschreibtisch. Der Schatzmeister war nicht da. Sein Sohn hatte sich um einen Studienplatz an der London School of Economics beworben, und so war der Vater für einen Tag in die britische Hauptstadt gereist.

Rexrodt öffnete Riedls Brief erst am Mittwochvormittag. Dass er politischen Sprengstoff in den Händen hielt, erkannte der Polit-Profi sofort. Bereits „drei Minuten später“ habe er sich mit Westerwelle verbinden lassen. Der aufgeschreckte Parteichef trommelte um zwölf Uhr am Rande der Bundestagssit-



FDP-Politiker Scheel, Flach (1972): Liberale Größen

* Im Februar im Gelsenkirchener Parkstadion.

Glatte Beträge, viel Bares

In NRW suchen Liberale und Fahnder nach weiteren Spuren dubioser Möllemann-Gelder.



FRANK OSSENBRINK

Düsseldorfer FDP-Landtagsfraktion, Ex-Chef Möllemann*: „Hoch und heilig geschworen“

Es war ein schöner Wahlkampf, und noch schöner – er war „umsonst für den Kreisverband“, erinnert sich Ute Dreckmann, Vorsitzende der Liberalen in Bochum und Mitglied des Landesvorstands in NRW: Vor der Bundestagswahl 1998 war der FDP-Zampano und Fallschirmspringer Jürgen W. Möllemann auch auf Bochum herabgeschwebt, wie auf so viele deutsche Städte.

Fallschirmspringen ist ein teurer Spaß, doch niemand fragte den Mann damals, wer das alles bezahlte, es war einfach „üblich, dass Möllemann Wahlkampf auf eigene Kappe machte“, so Dreckmann. Inzwischen ist sie schlauer: „Aus heutiger Sicht hätten wir uns das fragen müssen – aber wer hätte Möllemann schon kriminelle Energie zugetraut?“

Jetzt ermitteln Staatsanwälte gegen den zweifachen Minister außer Diensten: Razzien drohen, die FDP zerrt ihn vors Gericht. Es geht um viel Bargeld, um

Schattenfinanzierung, vielleicht Steuerhinterziehung, um schwarze Kassen.

Bislang dreht sich alles um eine Million Euro und die Finanzierung eines antisraelischen Flyers Möllemanns, der sich dabei mal einer offiziellen Kasse bediente, mal einer geheimen.

Aber der Verdacht liegt nahe, er könnte noch anderswo dubiose Gelder lie-

„Ich habe den Verdacht, dass hier Mitarbeiter missbraucht wurden.“

gen haben. Und besonders schwer wiegen die Vorwürfe, die erboste Liberale selber gegen ihren einstigen Vorturner erheben.

Bei der NRW-Landtagswahl im Jahr 2000 etwa klotzten die Liberalen gewaltig: Angeblich lag ihr Etat bei drei Millionen Mark. Aber sie langten hin wie die Konkurrenz von der CDU mit gut sechs Millionen Mark – teure Großplakate, Fernsehspots, Kinowerbung.

Auch während der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 2002 habe Möllemann „hoch und heilig geschworen“, so ein Landesvorständler, für die geplanten 75 Absprünge würde der Landesverband „kein Geld“ zahlen müssen. Aber wo kam es her? Schließlich dürften Möllemanns Sprünge mindestens 50 000 Euro gekostet haben, schätzen Insider, andere sprechen von einer Viertelmillion.

Seit Dienstag letzter Woche liegt beim Landgericht in Münster eine 15-seitige Schrift nebst zwölf Anlagen. Die Partei will die Wahrheit einklagen; ihre Düsseldorfer Anwälte haben beantragt, Möllemann müsse innerhalb von zwei Wochen Auskunft über den tatsächlichen Ablauf der Flyer-Aktion sowie die wahre Herkunft der Gel-

der geben, und er müsse an Eides statt die Richtigkeit seiner Angaben versichern.

Möllemanns Kieler Anwältin Annette Marberth-Kubicki, die den angeblich noch immer gesundheitlich Angeschlagenen gemeinsam mit dem Frankfurter Rechtsanwalt Eberhard Kempf vertritt, gibt sich dazu wortkarg: „Es geht ihm nicht gut. Deshalb wird es unsererseits auf absehbare Zeit keine Stellungnahme geben.“

Kaum war die Auskunftsklage in Münster eingetroffen, wurde freilich auch die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft aktiv: Am Mittwoch voriger Woche teilte sie den Präsidien von NRW-Landtag und Bundestag mit, sie wolle gegen den Abgeordneten Möllemann ein Ermittlungsverfahren einleiten – wegen eines möglichen Verstoßes gegen das Parteiengesetz.

Noch schützte da die parlamentarische Immunität den Doppel-Mandatsträger. Von Beginn dieser Woche an aber ist Möllemann nicht mehr sicher: Weder Bundestagspräsident Wolfgang Thierse noch NRW-Landtagspräsident Ulrich Schmidt (beide SPD) legten Veto ein.

* Bei einer Fraktionsreise nach Prag im Juni 2001.

Bald schon könnten Ermittler also weitläufig durchsuchen: bei Möllemann daheim in Münster, beim Landesverband und in der Fraktion. Darüber hinaus werden möglicherweise Kassen und Banken um ihre Unterlagen gebeten. Ein Fahndungsmittel dürfte die Ermittler besonders interessieren – Videofilme von den Schaltern der Geldinstitute. Die könnten bei der Enttarnung jener Einzahler hilfreich sein, die ein spezielles Möllemann-Konto für die Finanzierung des Flyers füllten.

Vielleicht begegnet den Fahndern dabei ein bekanntes Gesicht: Landesgeschäftsführer Hans-Joachim Kuhl, fürchten inzwischen ranghohe Düsseldorfer und Berliner FDP-Leute, könnte womöglich einer von Möllemanns Geldboten gewesen sein. Parteiinterne Aufklärer fragen sich, ob Kuhl möglicherweise Mitarbeitern der FDP-Geschäftsstelle Schecks überreicht hat – mit der Bitte, die darauf vermerkten Beträge über ihre privaten Girokonten auf ein FDP-Partei-konto bei der Deutschen Bank in Düsseldorf zu überweisen. Kuhl war am letzten Freitag für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Tatsächlich gingen, so die Auskunft des FDP-Landesschatzmeisters Andreas Reichel, ab dem 20. September insgesamt 113 000 Euro auf einem offiziellen FDP-Konto bei der Deutschen Bank 24 in Düsseldorf ein – annähernd die Summe, die die Druckerei Rademann aus Lüdinghausen für die Herstellung des Möllemann-Flugblatts verlangte. Das Geld soll in 60 Tranchen überwiesen oder eingezahlt worden sein.

Zeitgleich füllte sich auf geheimnisvolle Weise bei dem Bankhaus Lampe in Düsseldorf das Konto „Jürgen W. Möllemann w/Wahlkampf“, eingerichtet am 20. September. Einziger Verfügungsberechtigter dieses Kontos, so die FDP-Klage, sei da Möllemann gewesen. Bis zum 11. Oktober gingen auf diesem Konto in 145 Teilbeträgen insgesamt 839 504 Euro ein – fast auf den Cent genau der Betrag, den die Post später für den Vertrieb des Flyers abbuchte (SPIEGEL 44/2002). Es könne nicht ausgeschlossen werden, so die FDP-Klage, dass es sich um die „Stückelung einer oder mehrerer Spenden handelt, um ihre wahre Herkunft zu verschleiern“. Auf den Einzahlungsbe-

legen sei als Verwendungszweck meist „BT092202“, „WKJWM“, „WK“, „Spende“ oder „bekannt“ vermerkt.

Die beiden Geldverschiebe-Aktionen liefen nach dem gleichen Muster: glatte Einzahlungsbeträge, häufig 1000-Euro-Summen, viele Barspenden. Auf das amtliche FDP-Konto überwiesen freilich auch identifizierbare Mitarbeiter der NRW-FDP – direkt von ihren Girokonten.

In dienstlichen Erklärungen haben inzwischen drei Mitarbeiter der FDP-Landesgeschäftsstelle behauptet, sie hätten nur eigenes Geld gespendet. Schatzmeister Reichel bezweifelt das, weil es sich um hohe Spendenbeträge handle. Zu den Mächtgern-Spendern sollen Kuhl und vermutlich sein Buchhalter Uwe C. gehören.

Ob die gleiche Mannschaft, ergänzt um Möllemanns Sekretärin Cordula O. aus seiner Firma Web/Tec, auch die gestückelten Gelder auf das Wahlkampf-konto Möllemann überwiesen hat, müssen nun die Staatsanwälte klären. „Ich habe den Verdacht“, sagt Reichel, „dass hier Mitarbeiter missbraucht wurden.“

Der Verdacht hätte Reichel freilich schon erheblich früher kommen können. Erst vergangene Woche verfiel der Finanz-Verantwortliche der NRW-Liberalen auf die Idee, sich die Bewegungen auf dem FDP-Hauskonto anzuschauen. Das allzu späte Eingreifen begründete er intern damit, er betreibe den Schatzmeister-Job ja nur ehrenamtlich. GEORG BÖNISCH, BARBARA SCHMID, ANDREA STUPPE



Flyer-Rechnungen von Druckerei, Post: „Kriminelle Energie“?

zung alle verfügbaren Präsidiumsmitglieder zu einem eiligen Krisentreffen zusammen. Der Stuttgarter Landeschef Walter Döring und Generalsekretärin Pieper wurden per Telefon zugeschaltet.

Westerwelle zeigte den Brief herum, den er wegen eines Fehlers seiner Mitarbeiter leider nicht bekommen habe. Ob es reiche, wenn nur die beiden von ihren Aufgaben entbunden würden, wollte er wissen. Oder müsse er womöglich selbst Konsequenzen ziehen? Reihum, so berichten später Teilnehmer der Sitzung, habe man dem verunsicherten Parteichef den Rücken gestärkt. Erst einmal.

Rexrodt war zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr anwesend. Im TV-Talk mit Sandra Maischberger erklärte er, so etwas könne man „nicht nur den Mitarbeitern anhängen, sondern verantwortlich ist auch der Chef. Das ist nun mal so“.

Um 14.30 Uhr desselben Tages war ein graugesichtiger Westerwelle vor die Kameras getreten und hatte die Öffentlichkeit über Riedls Brief informiert. Von einem eindeutigen „politischen Fehler“ war nun die Rede, den allerdings nicht er, sondern zwei Mitarbeiter zu verantworten hätten: „Deshalb sehe ich auch keine Notwendigkeit, die Vertrauensfrage zu stellen.“ Stattdessen habe er die beiden von ihren Aufgaben entbunden – aber



Möllemann-Gegner Riedl
Wut im Bauch

nicht entlassen. Die Büroleiterinnen werden weiterhin im Thomas-Dehler-Haus beschäftigt.

Und: Das angeblich in Westerwelles Vorzimmer versackte Fax war nicht die einzige Gelegenheit für den Parteichef, von Möllemanns Treiben zu erfahren.

So konnte Westerwelle bereits am 30. August in Kiel live miterleben, dass sein Parteifreund aus Düsseldorf auch nach dem Ende der erbitterten Antisemitismus-Debatte vom Frühjahr das Thema Israel nicht von seiner Agenda gestrichen

„Die Wahl zur Abstimmung über die Meinungsfreiheit machen.“

hatte. Bei einer Großkundgebung der FDP kam Möllemann schnell auf sein Lieblingsthema.

Er halte an seiner Kritik an Israels Ministerpräsident Scharon fest, rief er den etwa tausend Gästen zu, und er werde sich gegen „jeden Journalisten und Moderator“ zur Wehr setzen, der ihm den Mund verbieten wolle. Tosender Beifall. Guido Westerwelle stand in der ersten Reihe – und lächelte.

Drei Tage später übergab Möllemann Uwe Tönningens, einem langjährigen Freund, einstigen Geschäftspartner und früheren Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, einen Text und drei Fotos. Er möge doch bitte daraus ein Flugblatt für die heiße Phase des Wahlkampfes gestalten. Als Besitzer einer Agentur in Münster habe er Möllemann gern den „Freundschaftsdienst“ getan, sagte Tönningens später.

Am 4. September erteilte Landesgeschäftsführer Kuhl dem Druck- und Medienhaus Rademann in Lüdinghausen bei Münster einen Großauftrag: 8,4 Millionen „Flyer FDP“ seien zu drucken und „handlich in Kartons“ zu verpacken. Schon am 29. Juli hatte er, so steht es in der Auskunftsklage der FDP gegen Möllemann, mit der Deutschen Post einen Vertrag über „Postwurfsendungen“ ausgehandelt und unterschrieben.

Möllemann machte gar kein Geheimnis aus der neuerlichen Aktion, die dem müden FDP-Wahlkampf noch mal einen Kick verschaffen sollte. So traf er am 8. September im Berliner Estrel-Hotel seinen alten Freund und Verbündeten Wolfgang



Kubicki. Auch dem FDP-Fraktionschef in Schleswig-Holstein erzählte er von der geplanten Großaktion. Kubicki plauderte gegenüber dem Korrespondenten der „Leipziger Volkszeitung“.

Der Journalist erkannte sofort die Brisanz. Am 9. September berichtete die Zeitung, Möllemann plane einen Vorstoß, „um die Partei wieder in die Schlagzeilen zu bringen“: „Dabei soll offenbar an seine zurückliegende ‚Antisemitismus- und Friedman-Debatte‘ angeknüpft werden. Er wolle, so sagte Möllemann-Freund Wolfgang Kubicki unserer Zeitung, die Wahl zur Abstimmung über die Meinungsfreiheit machen, z. B. nach dem Motto ‚Friedman oder Möllemann‘.“

Im Thomas-Dehler-Haus wurde der Artikel aufmerksam registriert und dem täglichen Pressespiegel beigelegt, zu dessen Beziehern selbstverständlich auch der Parteivorsitzende gehört. Ein enger Mitarbeiter wies ihn ausdrücklich auf den Text hin. Es gab mehrere Anrufe im Büro der „Leipziger Volkszeitung“, auch aus der FDP, in denen sich nach Hintergrundinfos erkundigt wurde. Der Artikel, erinnert sich ein Mitarbeiter der Redaktion, wurde an diesem Tag „mehrfach aufs Fax gelegt“.

Am 10. September lieferte die Druckerei Rademann auf etlichen Paletten 33 Tonnen bedrucktes Papier aus – „frei Postamt Langenfeld“. Die Verteilung der Flugschrift sollte bald darauf beginnen.

Auch ein drittes Signal erreichte die FDP-Zentrale, aber angeblich nicht deren Chef. Es ging diesmal um eine Information, die Sebastian Ratjen, Generalsekretär der FDP in Mecklenburg-Vorpommern, wenige Tage vor Verteilung der Wurfesendung dem Thomas-Dehler-Haus zu Gehör brachte.

Der FDP-Landespolitiker hatte an der Bar eines Hotels den NRW-Chef Möllemann getroffen. Der prahlte mit bevorstehenden Großstaten, er plane, so erfuhr Ratjen, eine „große Aktion“, an der sich die FDP in Mecklenburg-Vorpommern beteiligen könne. Ratjen lehnte zunächst ab.

Doch er war neugierig geworden und rief in der Parteizentrale an, um sich zu erkundigen. Dort gab man sich ahnungslos. Eine „große Aktion“? Nie gehört. Der Anruf des Schweriner Generalsekretärs – eigentlich wäre der Vorfall eine Meldung nach ganz oben wert gewesen.

Am Dienstag, dem 17. September, war alles zu spät. Möllemanns Flyer ging flächendeckend in Nordrhein-Westfalen an alle Haushalte. Die Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf bot sämtlichen Landesverbänden an,

* Oben: am 27. Mai in Jad Waschem mit Israels Botschafter in Deutschland, Schimon Stein; unten: im Juni in Berlin.

Israel-Besucher Westerwelle, Anti-Möllemann-Demo*
Öffentliche Standpauke vom israelischen Premier



Liberaler Wahlverlierer (am 22. September in Berlin): Die Spekulationsblase ist geplatzt

das Pamphlet kostenlos zu übernehmen. Vier FDP-Direktkandidaten aus Thüringen nahmen das Angebot an und bestellten rund 6000 Exemplare.

Das Medienecho fiel gewaltig aus – vor allem gewaltig negativ.

Westerwelle gab sich betroffen. Öffentlich distanzierte er sich von dem Flugblatt, demonstrativ suchte er die Einigkeit mit den FDP-Idolen Hans-Dietrich Genscher und Otto Graf Lambsdorff. Möllemann wurde von der Abschlusskundgebung der Liberalen in Bonn ausgeladen.

Jäh verflüchtigten sich bei der Bundestagswahl die Ministerträume, denen sich die führenden Liberalen so ausgiebig hingeeben hatten. Der Fall Möllemann zog die Partei in Richtung Abgrund.

Die Doppelmoral des Vorsitzenden – mit der er schon den Wahlkampf bestritten hatten – wurde nun überdeutlich. Stefan Kapferer, Westerwelles Abteilungsleiter für „Strategie und Kampagnen“, kommt am 1. Oktober in einem Antwortbrief an zwei Parteifreunde zu einer entlarvenden Erkenntnis: „Im Mittelpunkt der Kritik an dem Wahlkampf-Flyer von Jürgen W. Möllemann“, schreibt Kapferer im Auftrag Westerwelles, „steht nicht der Inhalt. Im Mittelpunkt der Kritik steht die Tatsache, dass dieser Flyer millionenfach ohne Rücksprache mit dem Spitzenkandidaten des Landesverbandes, Dr. Guido Westerwelle, in Nordrhein-Westfalen verteilt wurde. Dies ist ein klarer Vertrauensbruch. Um diesen Vertrauensbruch dreht sich die Debatte.“

So lief es einen ganzen Wahlkampf lang: Westerwelle störte sich nur an der Form, nicht am Inhalt, versprach er sich doch davon, seine kleine Partei auch für größere Wählerschichten attraktiv zu machen.

Und so kam ihm auch der Fall Jamal Karsli, mit dem alles begann, wohl gar nicht ungelegen. Am 23. April verließ der Abgeordnete der Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag seine Fraktion, unmittelbar danach trat er der FDP im Düsseldorf-Parlament bei. Begründung: „Die Haltung von Jürgen Möllemann im Nahostkonflikt stimmt mit meiner Einstellung völlig überein.“



FDP-Schatzmeister Rexrodt
Politischer Sprengstoff

Welche Haltung das war, hatte Möllemann Anfang des Monats in einer Bemerkung über palästinensische Selbstmordattentäter zu Protokoll gegeben: „Ich würde mich auch wehren, und zwar mit Gewalt ... auch im Land des Aggressors.“

Bei einer Großkundgebung kam Möllemann schnell auf sein Lieblingsthema.

Schon vor seinem Übertritt zur FDP hatte der Deutsch-Syrer durch Ausfälle gegen Juden auf sich aufmerksam gemacht. Mal warf er der israelischen Regierung Nazi-Methoden vor, dann fabulierte er von einer „zionistischen Lobby“, die die „Medienmacht in der Welt“ innehatte. Solche Begriffe könnten in Deutschland als antisemitisch „missdeutet“ werden, tadelte Förderer Möllemann milde.

Irritiert beobachteten die FDP-Granden, dass ihr Vorsitzender dem Treiben Karslis tatenlos zusah. Liberale wie Fraktionschef Gerhardt, sein Amtsvorgänger Hermann-Otto Solms oder der frühere Außenminister Klaus Kinkel beschworen ihren Parteichef, dem Spuk ein Ende zu machen – vergebens. Karsli durfte zwar Mitte Mai nicht auf dem Parteitag auftreten, und der Konvent verabschiedete eine Resolution, die das Existenzrecht Israels anerkannte. Aber Möllemann konnte vor den Delegierten wieder sein Lieblingsthema intonieren: Es gehe nicht an, in die antisemitische Ecke geschoben zu werden, nur weil man Israels Premier Scharon kritisiert habe.

Genauso äußerte sich Westerwelle, als der Zentralrat der Juden Möllemanns Terrorphantasie als „moralischen Bankrott“ bezeichnete. Dem fassungslosen Zentralratspräsidenten Paul Spiegel beschied Westerwelle kühl, er verwehre sich gegen „ehrenrührige Unterstellungen“. Und dann folgte wieder der ominöse Satz: „Wer die israelische Regierungspolitik kritisiert, ist deswegen noch lange kein Antisemit.“ Das hatte allerdings auch niemand behauptet.

Statt die Machtprobe mit seinem Stellvertreter zu wagen, ging Westerwelle immer wieder auf Konfrontationskurs zum Zentralrat der Juden. Das oberste Lenkungs-gremium der Liberalen stellte sich unter Leitung des Parteichefs hinter Möl-

Ein eigentümliches Duo, gemeinsam entzweit im Kampf um die Macht.

lemann: „Der Vorwurf des Antisemitismus gegen Führungsmitglieder der FDP ist ehrverletzend und unberechtigt.“

Selbst als er sich später zu der Aussage bequeme, Möllemann habe einen Fehler gemacht, galt Westerwelles schärfste Attacke wieder einem Juden. Zentralratsvize Friedman müsse seine „ehrverletzenden Behauptungen aus der Welt schaffen“, so der FDP-Chef. „Er hat den schwersten Vorwurf erhoben, den man in Deutschland erheben kann: dass man antisemitische Ressentiments bedient.“

Erst als sich Anfang Juni Möllemanns politischer Ziehvater, der FDP-Ehrenvorsitzende Hans-Dietrich Genscher, einschaltete und den Ausschluss Karslis aus der Fraktion forderte, wagte sich auch Westerwelle aus der Deckung. Möllemann

drehte bei, Karsli verließ die Düsseldorfer Landtagsfraktion – und Westerwelle richtete „den Blick nach vorn, gemeinsam mit Jürgen Möllemann“.

Sie waren ein eigentümliches Duo seit langem, gemeinsam entzweit im Kampf um die Macht in der FDP. Zugleich verbündeten sie sich für ein gemeinsames Ziel: Die Liberalen sollten von der Partei der Besserverdienenden zur „Protestpartei der Mitte“ werden.

Vor allem wollte Westerwelle in neue Wählerschichten vorstoßen. Man müsse die „stille Tyrannei der Gutmenschen“ beenden, forderte er 1998 in seinem Buch mit dem Titel „Neuland“. Die FDP wolle auch Wähler der rechtsradikalen DVU oder der Republikaner gewinnen, so der Parteichef zuletzt im Juni dieses Jahres: „Uns ist jeder willkommen, der seinen Frust in konstruktives politisches Verhalten umsetzen will.“

Auf bis zu 25 Prozent schätzte er das Potenzial für die FDP ein. Auch Möllemann träumte von einer liberalen Partei in neuen Dimensionen.

Schon im letzten Jahr der Regierung von Helmut Kohl hatten die beiden verabredet, die FDP nach ihren Vorstellungen umzuformen. Möllemann, so die Absprache, werde sich um NRW kümmern, Westerwelle um die Bundespartei.

Der Angriff startete auf dem Nürnberger Bundesparteitag im Juni 2000: Nach seinem unerwarteten Erfolg bei der Landtagswahl im Mai 2000 begeisterte Möllemann die Delegierten mit seinem „Projekt 18“, das die Liberalen zur neuen Partei für das ganze Volk machen werde – jenseits von angeblich modernisierungsunfähigen Sozialdemokraten und orientierungslosen Unionschristen. Der Parteitag sei eine Zäsur in der Geschichte der Liberalen gewesen, jubelte Ge-

neralsekretär Westerwelle anschließend. Andere wie Ex-Parteichef Kinkel zeigten sich skeptisch. Das Wort von der Haiderisierung machte erstmals die Runden.

Einer musste weg: Parteichef Wolfgang Gerhardt, der als zu altmodisch galt. Nachdem Möllemann den redlichen, traditionsbewussten Hessen mit Dauerkritik zermürbt hatte, stieß Westerwelle den verdutzten Vorsitzenden ein halbes Jahr nach dem Parteitag vom Thron.

Der Weg war nun frei für die beiden Volkstribüne. Noch fehlte zunächst ein Thema, das die Massen mobilisieren konnte. Die Debatte um die deutsche Leitkultur vom Herbst 2000 bot Westerwelle die Möglichkeit, seine neue Strategie auszuprobieren.

Er wolle die deutsche Jugend von dem Zwang befreien, „mit gebeugtem Haupt und gebeugtem Gang“ durch das Leben zu gehen, tönte der Ober-Liberale im Stil rechter Demagogen. Einen Aufsatz in der „Frankfurter Allgemeinen“ überschrieb er mit den Worten: „I’m proud to be a German“.

In der eigenen Partei rieb man sich verwundert die Augen. Ein Massenpublikum erreichte Westerwelle damals nicht.

Die Chance ergab sich erst, als Möllemann, gerissener und skrupelloser als sein Kumpan, die Karsli-Debatte zur Entfesselung antisemitischer Ressentiments nutzte. Mit leuchtenden Augen berichtete der Parteivize von „Zehntausenden von begeisterten E-Mails“, die er für seinen Anti-Israel-Kurs erhalten habe. Westerwelle war elektrisiert, so erinnert sich ein Mitarbeiter des Dehler-Hauses.

Selbst Vertraute des Parteichefs begannen sich ungemütlich zu fühlen. „War das Vorgehen abgesprochen, steckt eine Stra-

Altkanzler Kohl nach seiner Vernehmung durch den CDU-Parteispenden-Untersuchungsausschuss (im Juni 2000): *Maximales Pathos*



tegie dahinter?“, wollte Ex-Fraktionschef Solms auf einer Vorstandssitzung Ende Mai wissen. Möllemann schwieg, Westerwelle wand sich. Später gab er immerhin zu: „Möllemann und ich haben vieles miteinander abgestimmt: die Strategie 18, meine Kandidatur als Kanzlerkandidat“, so Westerwelle zum Magazin „Stern“.

Indirekt hatte der Parteichef die Antwort ohnehin bereits gegeben – und das ausgerechnet bei seinem Besuch in Israel im Juni, auf dem Höhepunkt des Streits um Karsli. Bewundernd äußerte sich Westerwelle abends beim Bier in kleiner Runde über den holländischen Rechtspopulisten Pim Fortuyn, der mit der hemmungslosen Ausbeutung der Fremdenangst einen kometenhaften Aufstieg geschafft hatte und am 6. Mai ermordet worden war. Fortuyn habe die Political Correctness durchbrochen und die Sorgen der Bürger aufgenommen, und zwar aus der Mitte der Gesellschaft, nicht von den Rändern. Damit

Die kabelige Partnerschaft schlug um in offene Feindseligkeit.

war ziemlich genau die Strategie beschrieben, die Westerwelle selbst umsetzen wollte – zusammen mit Möllemann.

Besonders beeindruckt zeigte sich der Liberale davon, dass der bekennende Homosexuelle Fortuyn den Mut hatte, die Ressentiments gegen seine sexuelle Orientierung politisch in seinem Sinn auszuspielen. In Israel wurde Westerwelle allerdings auch bewusst, dass seine Strategie die FDP ins Verhängnis führen könnte. Mit hochrotem Kopf musste er sich von Ministerpräsident Sharon die Leviten lesen las-

sen. „Die Dinge, die gegen die jüdische Gemeinde in Deutschland ausgesprochen werden, beunruhigen uns sehr“, zürnte der Regierungschef. Der sonst so forsche Liberale schaute wie ein Schuljunge drein.

Eine öffentliche Standpauke vom israelischen Premier – nichts kam dem FDP-Chef, der mit dem Außenamt liebäugelte, ungelegener. Zurück in Deutschland war Westerwelle daher endlich bereit, Möllemann zu opfern – was dieser ihm natürlich übel nahm.

Der Vize registrierte die Abkehr des Partners sehr genau: „Westerwelle hat meinen Israel-kritischen Kurs lange Zeit ausdrücklich gebilligt. Er hat sich mehrere meiner Formulierungen zu Eigen gemacht, nachdem er gemerkt hat, dass diese bei den Leuten gut ankommen“, sagte Möllemann nach der Trennung. Erst nach der Israel-Reise sei der Vorsitzende umgeschwenkt, offenbar auf Druck Scharons.

Seither ist die kabelige Partnerschaft in offene Feindseligkeit umgeschlagen. Viele Liberale fürchten, dass der gestürzte Möllemann noch die Kraft findet, die Partei tiefer und tiefer in die Depression herabzuzerren.

Bei ihrer Klausurtagung in der vergangenen Woche redete sich die FDP-Führung dennoch Mut zu. Die Symbolmarke „18“, der Krawallkurs als „Spaßpartei“ – gar nicht mehr darüber sprechen. Parteichef Westerwelle ließ sich – ohne Gegenstimme



Guidomobil, Verkäufer: Ende der Spaßpartei

und bei nur drei Enthaltungen – ein 16 Blatt starkes Papier („Aufbruch 2006“) absegnen. Treu bestätigten Fraktion und Vorstand den diffusen Kurs einer „unabhängigen, eigenständigen und starken FDP“, auch wenn gar nicht so fernab der hessische Fraktionschef Jörg-Uwe Hahn monierte, „dass es ein Fehler war, auf die Koalitionsaussage zu verzichten“. Es sei, lobte Westerwelle die Getreuen, „ein ganz besonders kostbares Gut, dass man in solchen Zeiten eine Partei, eine Fraktion hundertprozentig hinter sich weiß“.

Dabei war die Kritik an den Gaukeleien des Noch-Vorsitzenden nicht zu überhören. Vor allem Vorgänger Gerhardt wurde – für seine Verhältnisse – deutlich: Die FDP habe nur auf die Laufkundschaft geschickt und dabei die Stammkundschaft vernachlässigt, sagte er. „Die Partei hat ihren Stil verloren. Wir müssen ihn uns wieder erarbeiten.“ Anders als Westerwelle erhielt der Fraktionschef, der sich liberalen Größen wie Karl-Hermann Flach oder Walter Scheel verpflichtet fühlt, großen Beifall.

In der Partei und ihren Landesverbänden herrscht Lauerstimmung: Packt er es oder packt er es nicht? In peinlichen Vier-Augen-Gesprächen musste sich Westerwelle fragen lassen, ob mit weiteren Enthüllungen zu rechnen sei: Er schüttelte den Kopf. Ob er mehr wisse über das System der schwarzen Kasse, die offenbar in Düsseldorf betrieben wurde? Westerwelle verneinte, obwohl er selbst dem Landesverband seit 22 Jahren angehört.

Widersacher Möllemann will so schnell nicht aufgeben. Vom Krankenbett aus bemüht sich der Mitstreiter von gestern nun um die Veröffentlichung seiner Memoiren. Der geplante Titel: „Klartext“. Der explosive Inhalt: belastendes Material – auch über den Parteichef.

Dem Bundesvorsitzenden, so die düstere Prophezeiung aus Münster, werde in nächster Zeit Gerechtigkeit widerfahren.

KAREN ANDRESEN, GEORG BÖNISCH, MARKUS DETTMER, KONSTANTIN VON HAMMERSTEIN, FELIX KURZ, ROLAND NELLES, ALEXANDER NEUBACHER, RALF NEUKIRCH, GABOR STEINGART



BERLINER ZEITUNG